



Vom Nutzen und Wert der Ordnungspolitik

Prof. Dr. Christian Watrin
Stellvertretender Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

Theaitetos: „Nun hör mir aufmerksam zu, Sokrates, denn was ich Dir vorlegen will, ist recht verwickelt.“

Sokrates: „Ich verspreche dir, mein Bestes zu tun, Theaitetos, wenn Du mich verschonst mit den Feinheiten deiner Entdeckungen in der Zahlentheorie und in einer Sprache sprichst, die ich, ein gewöhnlicher Mensch, verstehen kann.“

(Karl Popper, Vermutungen und Widerlegungen, Band II, 1994, Seite 441)

■ In jüngerer Zeit entwickelt sich im deutschen Sprachraum eine Debatte darüber, welchen Stellenwert die Anwendung mathematischer Methoden für die Zukunft der Volkswirtschaftslehre hat. Solche Debatten sind seit *Leon Walras* (1834–1910) keine Seltenheit. In der Gegenwart sind sie dadurch strukturiert, dass für die mathematische Richtung eine Vorrangposition beansprucht wird; vor allem in ihren Ergebnissen und Beiträgen spiegele sich der Fortschritt der Wissenschaft. Als zu bekämpfende Position gilt die Ordnungspolitik. Ihr werden wissenschaftliche Versäumnisse angekreidet und es wird ihr empfohlen, sich mehr an den Vorgehensweisen der mathematischen Richtung zu orientieren. Aber auch ein zweiter Rang oder sogar ein Verschwinden von der Bühne der Wissenschaften wären kein Anlass zur Trauer.

Debatten wie diese sind nicht ohne praktische Folgen. Sie schlagen sich im Wissenschaftsbetrieb in der Besetzung von Stellen und in den Lehrplänen der Studierenden nieder. Die Langfristwirkung äußert sich später in den Beiträgen der Wissenschaftler zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Menschliches Zusammenleben als Problem der Ordnungspolitik

Der Begriff „Ordnung“ hat im deutschen Sprachgebrauch viele Bedeutungen. In Verbindung mit dem Wort „Politik“ bezeichnet er eine Geistesrichtung, die in und nach dem Zweiten Weltkrieg entstand – also in einer Zeit, in der es galt, die Trümmer der nationalsozialistischen Diktatur abzuräumen und den Weg in eine „offene Gesellschaft“ (*Karl Popper*) einzuschlagen.

Heute wird der Begriff Ordnungspolitik oft verwendet. Er hat Eingang in die Alltagssprache gefunden. Seine lateinischen Wurzeln liegen im Ordo-Gedanken. Sein Gegenstand sind die Regeln und Grundsätze menschlichen Zusammenlebens. So gesehen liegen die Ursprünge des ordnungspolitischen Denkens nicht in der Neuzeit, sondern in der griechischen Klassik, das heißt dem Abschied von der homerischen Welt, in der die Götter den Weltenlauf bestimmten, und dem Eintritt in die Ära *Platons* und *Aristoteles*‘ um 500 vor Christus. Beide Philosophen äußerten sich in Schriften, die bis zum heutigen Tag beachtet werden, vertieft über die Verfassung eines „guten Staates“ und einer gerechten Ordnung. Ordnungspolitik ist also keine Zeiterscheinung, kein schnell

vergängliches Modethema, sondern ein Anliegen, das Philosophie und Menschen seit zweieinhalb Jahrtausenden beschäftigt.

Im internationalen Diskurs, der heute immer wichtiger wird, stößt der im Deutschen leicht verständliche und viel verwandte Begriff „Ordnungspolitik“ allerdings auf Schwierigkeiten. Vor allem seine Übersetzung in die Weltsprache unserer Tage, das Englische, will nicht gelingen. In zwei Büchern, die dem angelsächsischen Leser das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft vorstellen, wird der Begriff entweder in seiner deutschen Form beibehalten, was seiner Verbreitung nicht gerade nutzt, oder es werden Umschreibungen versucht, die inhaltlich nicht überzeugen.¹

In der innerdeutschen Diskussion spielt dieser Mangel keine Rolle, wenngleich man sich erinnern sollte, dass unter dem Regime der ehemaligen DDR der Bannfluch der Ideologie auf jenen lastete, die sich um die Verfassung einer freiheitlichen Gesellschaft bemühten und das *Marxsche* Geschichtsmodell ablehnten. Ihnen wurde vorgeworfen, dass ihre Vorstellungen von einer künftigen humanen oder freien Gesellschaft einem „falschen Bewusstsein“ entsprängen – und folglich zu bekämpfen seien. Ja, man ging sogar noch einen Schritt weiter und plädierte dialektisch, dass die (Zwangs-)Bekehrung zum vermeintlich „richtigen Bewusstsein“ des Marxismus im „wahren Interesse“ der dem Ideologievorwurf Ausgesetzten sei. Nur im Zuge einer Umerziehung könnten die Dissidenten wieder auf den Weg des „richtigen“ Verständnisses der Welt geleitet werden.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus unter dem Freiheitsbegehren der ihm Unterworfenen meinten verschiedene Historiker, dass unser künftiges Leben nur noch durch die Ordnungen von Demokratie und Marktwirtschaft bestimmt sei. Daraus wurde mitunter der Schluss gezogen, dass ordnungspolitische Debatten, wie sie vor allem das zwanzigste Jahrhundert bestimmten, der Vergangenheit angehörten und künftig von mindermem Interesse wären.

Mittlerweile stellt sich jedoch heraus, dass diese Sicht falsch ist. Zwar erzielten beide Ordnungen – vor dem Hintergrund der totalitären und autoritären Regime des vorigen Jahrhunderts – große Fortschritte. Aber beide Ordnungen erweisen sich als unvollkommen und sind bestenfalls verbesserungsfähig, aber nicht perfektionierbar. Die Schalmeien der Perfektionisten und Idealisten finden mithin nicht nur nach wie vor ein dankbares Publikum. Vielmehr können sachlich ausgerichtete Reformanstrengungen zu schweren Fehlern führen, die das Erreichte infrage stellen.

Von der Ordnungspolitik zur Ordnungsökonomik

Ausgangspunkt der jüngeren Ordnungspolitik ist die Diskussion im vorigen Jahrhundert um die Vor- und Nachteile von dezentral koordinierten Märkten einerseits und zentral gesteuerten Wirtschaftsplänen andererseits. Schon vor dem Zerfall der sozialistischen Lenkungsmechanismen in China, Russland und Indien hat sich das Spektrum der Ordnungspolitik und der ihr zugehörigen Ordnungstheorie in der wissenschaftlichen Diskussion erheblich ausgeweitet. Gleichzeitig haben sich die Akzente deutlich verschoben. Selbst der Begriff Ordnungspolitik ist vielfach dem neuen Begriff Ordnungsökonomik gewichen. Dadurch wird ein

¹ Siehe die von Alan Peacock und Hans Willgerodt herausgegebenen Bände „Germany's Social Market Economy: Origins and Evolution“, Seiten 37 und 45, sowie „German Neo-Liberals and the Social Market Economy“, Seiten 74, 78, 95, 97 f., 100, 102, Trade Policy Research Centre, London 1989.

Wandel der Sichtweise ausgedrückt. Gesellschaftliche Probleme werden nicht länger unter der Perspektive erörtert, dass sich in der Gestaltung des sozialen Lebens große Kollektive einander gegenüberstehen (wie Kapitalisten und Proletarier oder Unternehmer und Arbeitnehmer). Vielmehr wird, dem Vorbild der neueren ökonomischen Theorie folgend, eine individualistische Perspektive zugrunde gelegt. Daraus folgt, dass die soziale Wirklichkeit nicht mehr unter Gruppen- und Klassenkampfaspekten gesehen, sondern als ein komplexes System von Interaktionen aufgefasst wird, in dem die einzelnen Akteure höchst verschiedene Ziele verfolgen. Die daraus erwachsenden Interaktionen führen zu einem komplexen und stark revidierten Bild der Realität im Vergleich mit den Nachkriegsvorstellungen der älteren Ordnungspolitik.

Zur Erläuterung der neueren Entfaltung der Ordnungspolitik sei nur wenig genannt. Die Befassung mit der Wettbewerbsproblematik hat Jurisprudenz und Ordnungsökonomik eng zueinander geführt. Gleichzeitig ließ die Betonung der Wichtigkeit von Eigentumsrechten für den Wirtschaftsprozess das neue Fach „Law and Economics“ entstehen. Das Aufkommen der Institutionenökonomik gab der herkömmlichen Ordnungspolitik ein neues verbessertes theoretisches Gerüst. Die in den USA entstandene Konstitutionenökonomik drängt in alle Winkel und Ecken des Sachgebiets, das früher der „politischen Wissenschaft“ zugeschrieben wurde. Die Kritik am – wie *von Hayek* es nannte – „alten Gespenst des Homo oeconomicus“ durch die experimentelle Ökonomik und neuerdings die Neuroökonomik stellt ältere ordnungspolitische Denkrichtungen vor die Frage, wie im Lichte dieser neuen Verhaltenstheorien Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Und die in jüngerer Zeit sich entfaltende evolutionäre Ökonomik verlangt Antworten auf die Frage, ob und wie menschliche Interaktionsprozesse, dort wo sie spontan entstehen, überhaupt staatlich reguliert werden können. Und schließlich ist zu fragen, ob ein friedliches weltweites Zusammenleben und allgemeiner Wohlstand eine irrlichternde Utopie oder eine realisierbare Alternative ist. Heute ist die Ordnungspolitik (oder mittlerweile Ordnungsökonomik) längst nicht mehr identisch mit den Lehren *Walter Euckens*, *Franz Böhms* oder *Friedrich A. Lutz*:²

Ordnungsökonomik als „ideologiegestützte Plausibilitätsüberlegung“?

Vor diesem Hintergrund wirkt es befremdend, wenn eine bekannte Wirtschaftszeitung glaubt, ordnungspolitisches Denken und Handeln mit dem Vorwurf abzutun, Ordnungspolitik oder -ökonomik sei lediglich eine Ansammlung „ideologiegestützter Plausibilitätsüberlegungen“. Wenn es hier um mehr gehen sollte als einen der üblichen Marketingeffekte, dann ist daran zu erinnern, dass gerade das, was als plausibel gilt, allzu oft sachlich falsch ist. Wir sehen die Sonne morgens auf- und abends untergehen; das daraus ableitbare ptolemäische Weltbild ist plausibel, aber falsch. Was plausibel ist, ist noch längst nicht richtig im Sinne des *Popperschen* Kriteriums der Überprüfung von theoretischen Aussagen und empirischer Erfahrung.

Gerade die Wirtschaftssystemdebatte des vergangenen Jahrhunderts ist ein Paradebeispiel dafür, wie irreführend Plausibilitätsargumente sein können. Einerseits ist die Vorstellung plausibel, dass der Staat Probleme wie Krisen, Arbeitslosigkeit und Armut kraft seiner Macht meistern kann. Daraus lässt sich ableiten, dass eine Zentralverwaltungswirtschaft die bessere ordnungspoliti-

² Vgl. Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen 2008.

sche Alternative im Vergleich zur Marktwirtschaft ist. Auf der anderen Seite ist nichts weniger plausibel als die Behauptung, dass im vermeintlichen „Chaos der Märkte“ Wohlstand entstehen kann, der die sozialistische Lösung weit in den Schatten stellt. Der „unplausible“ Markt ist die wirtschaftspolitisch erfolgreichere Strategie. Die Wahl der plausiblen Lösung, die staatliche Steuerung, hingegen bedeutet Niedergang und Armut.

Eine Marktwirtschaft, erst recht wenn sie globale Ausmaße annimmt, ist eine höchst unplausible Ordnung und überdies nicht leicht zu erklären. In ihr handeln die Teilnehmer nach eigenem Belieben, sie suchen nach Gewinnchancen, deren Erfolg keineswegs sicher ist. In der Generationenfolge ist heute nur noch selten die dritte Generation im Besitz des Ererbten. In der ständischen Wirtschaft war dies anders. Die Erben saßen noch nach Jahrhunderten auf der gleichen Scholle. Vieles ist heute ein Rätsel, und die in den öffentlichen Medien angebotenen Erklärungen und besonders die dort aufgestellten Prognosen sind meist kurzlebig und falsch.

Ähnliches gilt für demokratische Ordnungen. In ihnen wechselt das politische Personal von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Im echten Sinne regierende Dynastien existieren heute allenfalls in zentralgeleiteten Ökonomien und Ländern. Und dennoch ist auch die unplausible Regierungsform der Demokratie im Vergleich zur leicht verständlichen Steuerung sozialer Prozesse durch Zentralkomitees und Politbüros so erfolgreich, dass die Zahl der Länder, die die Demokratie übernommen haben, in den beiden letzten Jahrzehnten erheblich angestiegen ist.

Das Argument unzureichender Wissenschaftlichkeit

In einem „Zeitgespräch“ der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ stellt *Clemens Fuest*, selbst Mitglied in viel beachteten Kreisen ausgewiesener Ratgeber der Wirtschaftspolitik, die zweifelnde Frage, ob der von den deutschen Ordnungspolitikern mitbewirkte Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft die Nationalökonomie als theoretische Wissenschaft heute noch voranbringen könne.³ In seiner Antwort verneint er das. Seine Überlegungen stützen sich auf drei Argumente: die mangelnde Beachtung des Max-Weber-Prinzips der Trennung von Sachaussagen und Werturteilen, die mangelnde mathematische Fundierung der Ordnungspolitik und die unzureichende empirische Forschung in der Ordnungspolitik. Gemeint sind hier sowohl die Ordnungstheorie als auch die Ordnungspolitik.

Im Hinblick auf die Werturteilsproblematik wird oft das Offenlegen von Werturteilen empfohlen – ein Vorschlag, der plausibel, aber kaum praxistauglich ist. Daraus folgt allerdings nicht, dass Sach- und Wertaussagen beliebig vermengt werden dürfen. Die angestrebte Objektivität der Wissenschaften ergibt sich vielmehr nicht aus edlen Absichten oder Schwüren der Wissenschaftler, sondern sie ist das Resultat der freien und offenen Diskussion, der Wissenschaftsfreiheit, in deren Prozessen sich – allerdings jeweils revidierbar – die Ansichten über die Bewährung und Nichtbewährung von theoretischen Aussagen herauschälen.

Kann man die Meinung vertreten, dass die Prozesse der öffentlichen Kritik in den letzten sechzig Jahren in Deutschland nicht funktioniert haben? Die deut-

³ Vgl. Clemens Fuest, Die Stellung der Ordnungspolitik in der Ökonomik, *Wirtschaftsdienst* 1/2006, Seiten 11 ff.

schen Ordnungspolitiker – übrigens wie auch die freiheitlichen Sozialisten (zum Beispiel *Karl Schiller* und *Heinz-Dietrich Ortlieb*) – haben das Ziel verfolgt, eine freiheitliche Ordnung zu schaffen und die zahllosen Probleme im Spannungsfeld von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Ordnung zu bewältigen. Die frühen Ordo-Liberalen mögen Wert- und Sachaussagen vermengt haben, und es sind ihnen sicherlich manche Fehler unterlaufen. Aber sie haben mit offenem Visier gekämpft, ihre vermeintlich ideologische Ausrichtung im Sinne kryptonormativer Aussagen müsste daher durch eindeutige Nachweise belegt werden. Politik bedeutet immer das Ringen um Wertungen. Wertfreie Politik ist ein Widerspruch in sich selbst.

Zur Nichtverwendung mathematischer Methoden

Die menschliche Sprache ist wahrscheinlich ein Spätprodukt der Evolution. Sie ist die Voraussetzung für das Zustandekommen von Großgesellschaften und einer heute weltumspannenden Ökonomie. Aus gegenwärtiger Sicht kann zwischen natürlichen und künstlichen Sprachen unterschieden werden. Natürliche Sprachen entwickeln sich im Zuge der Zeit und adaptieren sich mehr oder minder spontan an die Zeitumstände, künstliche Sprachen sind Produkte menschlichen Handelns. Mathematik und formale Logik sind die wichtigsten Beispiele für den zweiten Sprachzweig.

Sprachen haben die Eigenschaft, verschiedene Gesichtspunkte oder Sichtweisen zu betonen und andere nicht. Gleichzeitig hat jede Sprache und besonders eine Kunstsprache enge Grenzen, das heißt, nicht alles lässt sich in jeder Sprache ausdrücken. Das lässt sich am Problem der Gemeinwohlinterpretation verdeutlichen. Bekanntlich versuchte die ältere Wohlfahrtsökonomik die Gemeinwohlidee mithilfe sogenannter gesellschaftlicher Wohlfahrtsfunktionen in die Sprache der Mathematik zu übersetzen. Ein Versuch, der als gescheitert anzusehen ist.

Fuest ist der Meinung, dass die spätestens seit *Walras* zunehmend in die Ökonomie einfließenden mathematischen Modelle „den Vorzug haben, die Voraussetzungen ihrer Argumentation in der Regel klarer und transparenter zu machen als die verbale Analyse. Aus diesem Grund bieten mathematische Methoden einen wirksamen Schutz vor dem ‚Einschmuggeln‘ versteckter Annahmen einschließlich ideologischer Urteile.“⁴

Stimmt das wirklich? Der Beitrag von *Bernd Lucke* im gleichen „Zeitgespräch“ verdient hier Beachtung.⁵ In der Wirtschaftsrechnungsdebatte vor allem der 1920er und 1930er Jahre ging es um die Frage, ob Sozialismus möglich sei, das heißt, ob zentrale Planung zu ökonomisch brauchbaren Ergebnissen führen könne. Kernpunkt der Kritik der Ordo-Liberalen war die These, dass administrativ gesteuerten Ökonomien das Preissystem als Indikator der relativen Knappheit von Gütern und Ressourcen fehle. Die Planer könnten den Gütern Preise anheften, aber diese signalisierten nicht die Wünsche der Konsumenten in der gleichen Weise wie ein freies Preissystem. Vor allem würden Änderungen der Bedarfsstrukturen durch technischen Fortschritt oder durch den Wandel von Konsumentenwünschen nicht angezeigt. Fehlallokationen der vorhandenen Mittel in Form von nicht absetzbaren Gütern einerseits und leeren Regal-

⁴ Ebenda, Seite 12.

⁵ Bernd Lucke, Ablösung der Ordnungspolitik durch mathematische Methoden? Wirtschaftsdienst 1/2006, Seiten 6–9.

len wegen Nichtproduktion andererseits seien daher die unausweichliche Folge administrativer Steuerung.

Im weiteren Verlauf der öffentlichen Debatte zeigten mathematisch fundierte Arbeiten von *Kenneth J. Arrow* und *Gérard Debreu*, wie *Lucke* berichtet, dass die Mathematisierung des Koordinierungsproblems zunächst zum für die Marktwirtschaft schmeichelhaften Resultat geführt habe, dass die beiden in der Wohlfahrtsökonomik entwickelten Hauptsätze die weitverbreitete Überzeugung stützten, eine Marktwirtschaft sei – unter bestimmten Bedingungen – pareto-effizient, also quasi die beste aller Ordnungen.

Im weiteren Verlauf der Debatte, so *Lucke*, hätte sich dieses Ergebnis aber als mathematisch nicht haltbar herausgestellt. Die mit dem Plädoyer für eine liberale Wirtschaftsverfassung einhergehende „Insinuation“, Systeme zentraler Planung führten zu allokativ unterlegenen Ergebnissen, fände in der mathematischen Analyse heute keine Unterstützung mehr. Im Gegenteil: Die beiden wohlfahrtsökonomischen Hauptsätze könnten auch so interpretiert werden, dass Systeme staatlicher Planung eine der Marktwirtschaft überlegene Einrichtung seien. Dies wäre der Fall, wenn ein zentraler Planer über ein geeignetes Preissystem verfüge und zugleich beliebige Eigentumsverteilungen vornehmen dürfe, die mit dem traditionellen Schutz des Privateigentums konfliktierten. Dieses Ergebnis sei, so der Autor, von „großer, auch praktischer Bedeutung“.

„Reine Marktwirtschaften“ sind unrealistische Gebilde

An der formalen Richtigkeit dieser Argumentation zu zweifeln, hieße Eulen nach Athen tragen. Die gesellschaftliche Relevanz infrage zu stellen, ist hingegen angebracht. Der Planer ist im vorliegenden Zusammenhang als uneingeschränkt mächtig und – was die Preise angeht – als allwissend zu interpretieren. Damit aber verlässt die Argumentation schlicht ihren Ausgangspunkt: die Gesellschaftswirtschaft, in der es zahlreiche Akteure mit verschiedenen Präferenzen gibt und in der folglich Konflikte im Hinblick auf die Verwendung von Ressourcen bestehen. In ihr müssen infolgedessen Wege gefunden werden, wie der gesellschaftliche Wohlstand nicht nur erhalten, sondern erhöht werden kann.

Der hier unterstellte Planer aber hat – wie einst Robinson vor der Ankunft Freitags – nur eine einzige Funktion: das Treffen der Allokationsentscheidungen. Konflikte über den Ressourceneinsatz interessieren nicht, denn er allein entscheidet darüber, was, für wen und wie viel produziert wird. Die Wirtschaftssubjekte werden hier als willenlose Schachfiguren modelliert. Für die ordnungspolitische Analyse gilt jedoch seit *Adam Smith* das genaue Gegenteil: Die Wirtschaftssubjekte sind selbstbestimmte Akteure mit eigenen Plänen und Präferenzen. *Lucke* übersieht das. Er definiert das zugrunde liegende Problem weg und fällt ein Werturteil zugunsten zentralistischer Lösungen.

Bleiben dann am Ende wenigstens noch Pluspunkte für die Marktwirtschaft, wie viele Ökonomen seinerzeit meinten? Auch das dürfte schwer zu bejahen sein. Die von *Lucke* unterstellte Welt ist als „reine Marktwirtschaft“ modelliert, mit anderen Worten: Das ganze Wirtschaftsleben besteht nur aus Tauschakten. Nur für diese Ausgangssituation werden die abgeleiteten Sätze als richtig behauptet. Sobald der Staat die Bühne betritt – *Lucke* erörtert diesen Punkt allerdings in einem anderen Zusammenhang – sind die Prämissen der ursprünglichen Ableitung nicht mehr gültig. Sie decken diesen Fall nicht mehr ab.

Überzeugte Libertäre vom Typ eines *Ludwig von Mises* mögen sich allerdings nach einer Welt der „reinen Marktwirtschaft“ sehnen. Aber daraus folgt noch lange nicht, dass es sie je gegeben hat oder geben wird. Reale Marktwirtschaften bedürfen der Regulierung, wenn ihre „Einwohner“ friedlich miteinander auskommen wollen. Hier liegen die eigentlichen Probleme. „Reine Marktwirtschaften“ sind Gebilde, die wir denken, aber nicht beobachten können.

Aber lässt sich nicht einwenden, die Deduktionen seien logisch richtig, folglich wäre eine Überprüfung überflüssig? Dem ist entgegenzuhalten, dass sich die Nationalökonomie als eine theoretische Wissenschaft versteht, die zugleich den Anspruch erhebt, empirisch nachprüfbar Aussagen aufzustellen. Aus gedachten Welten folgen jedoch keine real prüfbar Aussagen. Die formalen Vorgehensweisen aber erweisen sich gegenüber Fallgruben nicht als so sicher, dass man sie als vorzugswürdig gegenüber anderen Vorgehensweisen bezeichnen kann.

Der Vorwurf mangelnder empirischer Fundierung

Ein weiterer Vorwurf von *Fuest* gegen die Ordnungspolitik geht dahin, dass sich ihre Anhänger in Fragen der empirischen Forschung nicht hinreichend engagierten. Daraus leitet er die Empfehlung ab, die quantitative Analyse – was immer in diesem Zusammenhang das Adjektiv „quantitativ“ bedeutet – zum zentralen Gegenstand nationalökonomischer Forschung zu machen.

Dem ist entgegenzuhalten, dass sich die Nationalökonomien seit *Adam Smith* (vielleicht mit Ausnahme von *David Ricardo*) nicht nur um die innere Logik theoretischer Aussagen gekümmert, sondern stets empirische Überlegungen einbezogen haben. Dass die Faktenanalyse in den frühen Anfängen nicht mehr heutigen Standards entspricht, liegt auf der Hand. Aber schon *Smiths* Werk „Der Wohlstand der Nationen“ lässt sich durchaus als eine empirisch abgestützte Kritik des Merkantilismus lesen. Sie stützt sich nicht nur auf die mangelnde Logik der merkantilistischen Handelstheorie als Nullsummenspiel, sondern auch auf zahlreiche empirische Beobachtungen der merkantilistischen Wirtschaftspolitik.

Ähnlich war es in Westdeutschland bei Kriegsende. Die liberalen Ökonomen hatten hinreichend klare Erfahrungen mit den Möglichkeiten einer weiteren Fortführung der aus der nationalsozialistischen Zeit resultierenden Wirtschaftslenkung, die man nicht leicht als „Anekdoten“ abtun kann. Die Ersetzung des überkommenen Lenkungssystems durch die Einführung einer Marktwirtschaft kann in diesem Zusammenhang als ein harter Test der Theorie interpretiert werden, dass eine freie Wirtschaft produktiver ist als eine staatlich gesteuerte.

Überprüfende Fakten können mittlerweile mit der Verbesserung von Statistiken und modernen Rechnern anders zu Rate gezogen werden als früher. Aber es wäre dogmatisch, wenn nur noch die von der mathematischen Richtung präferierten Verfahrensweisen zugelassen und andere Arten, wie die individuelle Beobachtung, als nicht wissenschaftlich verbannt würden. Es kommt nicht darauf an, aus welcher Quelle die überprüfenden Fakten stammen, wenn sie wahr sind, sondern ob die vorliegenden theoretischen Vermutungen hinreichend sind, um echte Tests durchzuführen. Dass ökonometrische Methoden zum Beispiel für Prognosezwecke besser geeignet sein sollen, ist vorerst noch nicht erhärtet und kann allenfalls durch einen langen Prozess zutreffender Vorhersagen gestützt werden. Schließlich ist zu beachten, dass Faktenanalyse in

einem so hoch dynamischen System wie der heutigen Weltwirtschaft mit der Schwierigkeit fortwährender ständiger Verhaltensänderungen zu kämpfen hat.

*Mathematischer und ordnungsökonomischer
Ansatz im Wettbewerb*

Die soziale Welt ist nicht in der gleichen Weise wie die physikalische Welt zu erfassen. Ihre Objekte verfolgen eigene Ziele, die nicht aufgrund von Vergangenheitsdaten erfasst werden können. Selbst wenn Wirtschaftssubjekten, wie in totalitären Systemen üblich, ihre Handlungsmöglichkeiten weitgehend entzogen oder stark beschnitten werden, stellen sich nicht jene Ergebnisse ein, welche die Herrschenden anstreben.

Im sozialen Bereich stehen bis heute keine der Physik vergleichbaren Gesetze zur Verfügung und es ist fraglich, ob sie je gefunden werden. Das verpflichtet zum konkurrierenden Methodenpluralismus und zur Ablehnung jener Positionen, die meinen, dass die eine oder andere Sichtweise die Vorherrschaft über ihre Mitwettbewerber beanspruchen kann. Wie immer in der Welt ökonomischen Denkens hat jede Vorgehensweise Vor- und Nachteile. Mehrere Ansätze, die statistische Tatsachenforschung, die formalmathematische Theorie sowie die ordnungsökonomische Forschung, werden gebraucht. Sie sollten frei miteinander konkurrieren. ■